

## nachrichten

## Aktionen für die Libyengeiseln

**BERN.** Amnesty International hat zusammen mit den Familienangehörigen eine Solidaritätskampagne für die beiden in Libyen festgehaltenen Schweizer lanciert. Die Bevölkerung wird aufgefordert, Unterstützungskarten an Rachid Hamdani und Max Göldi nach Tripolis zu senden. Familienangehörige der beiden Geschäftsleute verteilen die Karten heute in Bern und Genf gemeinsam mit Aktivisten von Amnesty International. Sie direkt an die libyschen Behörden zu wenden, sei momentan nicht vorgesehen, sagte eine Amnesty-Sprecherin. Bundesrätin Doris Leuthard hat in einem Interview die Frage nach einem Strafvollzug im eigenen Land für die beiden verurteilten Schweizer aufgeworfen. Allerdings müsste Libyen ein solches Gesuch um Strafvollstreckung stellen. SDA

## Genf soll laut Libyen UNO-Sitz verlieren

**TRIPOLIS.** Libyen hat die Vereinten Nationen aufgefordert, ihren europäischen Hauptsitz von der Schweiz in ein anderes Land zu verlegen. Nach dem Nein des Schweizer Volkes zu Minaretten findet Tripolis den UNO-Standort Genf nicht mehr angebracht. Das Begehren wurde gestern in der arabischen Zeitung «Al-Sharq al-Awsat» veröffentlicht und stammt vom Generalsekretariat des internationalen islamischen Volkskommandos, einer Instanz, die vom libyschen Machthaber Muammar al-Gaddafi dirigiert wird. SDA



## Leuthard ruft zu Toleranz auf

**AARAU.** Einen Tag nach ihrer Wahl zur Bundespräsidentin ist Doris Leuthard gestern in ihrem Heimatkanton Aargau herzlich empfangen und gefeiert worden. Leuthard rief zu Rücksicht auf Minderheiten und zum gemeinsamen Handeln auf. Am offiziellen Festakt in der katholischen Kirche Peter und Paul in Aarau sagte Leuthard: «Wir brauchen Menschen, die handeln, wenn es etwas zu tun gibt.» Es brauche Rücksicht auf Minderheiten. «Wir dürfen uns nicht auseinanderdividieren lassen». Die Magistrate rief dazu auf, «gemeinsam an der Zukunft der Schweiz zu bauen». SDA

## Solothurner SVP mit Heinz Müller

**SOLOTHURN.** Bei der Stichwahl für die Nachfolge des verstorbenen Ernst Leuenberger auf dem Solothurner Ständeratssitz tritt die SVP mit dem Kantonalpräsidenten Heinz Müller (48) an. Der Unternehmer und Kantonsrat aus Grenchen hatte 2003 und 2009 ohne Erfolg für den Regierungsrat kandidiert. Müller steigt ins Rennen, nachdem sich Nationalrat Roland Borer zurückzog. Bei der Stichwahl treten die SP und die CVP auch wieder an. Sie findet am 24. Januar 2010 statt. SDA

ANZEIGE

## ANKAUF ALTGOLD &amp; SILBER

Sie erhalten für Alt-Schmuck, Gold-Münzen, Zahn-Gold, Gold-Uhren, Silber, Besteck sofort und diskret Bargeld. Zustand egal! TAUSCH Alt- gegen NEU-Schmuck! Kommen Sie jetzt einfach vorbei. TOP-PREIS!

Bijouterie Define, seit über 20 Jahren Ihr Partner in Basel.

Elsässerstr. 20, 4056 Basel  
Tram Nr. 11, Haltestelle: Mülhuserstr. (neben UBS)

## «Kein Anspruch auf Sonderregelung»

Spezialfriedhöfe soll es nur nach «konstruktivem Dialog» geben, sagt CVP-Chef Darbellay

INTERVIEW: RUEDI STUDER, Bern

**In Zukunft sollen keine neuen Ausnahmen für religiöse Spezialfriedhöfe – also auch nicht für muslimische oder jüdische Friedhöfe – geschaffen werden, sagte CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay (38) in einer Fernsehdebatte. Das sorgt nun für Ärger (siehe Text unten). Im BaZ-Interview relativiert Darbellay seine Aussage.**

**BaZ:** Herr Darbellay, das Ja zur Minarett-Initiative ist Ihnen offenbar derart in die Knochen gefahren, dass Sie nun mit Ihren Forderungen die SVP rechts überholen: Sie wollen ein generelles Burka-Verbot, ein Kopftuch-Verbot im öffentlichen Dienst und keine neuen religiösen Sonderfriedhöfe mehr.

**CHRISTOPHE DARBELLAY:** Ich verstehe die Aufregung nicht, denn seit drei Jahren sage ich das Gleiche. Die CVP hat 2006 ein Positionspapier zum Islam verabschiedet, da sind diese Forderungen schon alle drin.

Das Papier hält fest, dass Muslime keinen Anspruch auf spezielle Gräberfelder haben, dass aber den Begräbniswünschen Rechnung getragen werden soll. Im Lokalsender Tele M1 haben Sie hingegen in Bezug auf spezielle religiöse – insbesondere auch auf muslimische und jüdische – Friedhöfe gesagt: «In Zukunft soll man keine neuen Ausnahmen schaffen.»

Ich habe nie ein Verbot von jüdischen Friedhöfen gefordert! Ich habe hingegen gesagt, dass es in der Schweiz jüdische Friedhöfe gibt – und man daraus keine Geschichte machen soll. Auch in Zukunft soll dies möglich sein. Ich wollte mit meiner Aussage ein Prinzip für die Zukunft formulieren, wonach nicht für jede neue religiöse Forderung eine neue Ausnahme gemacht wird. Das heisst auch, dass angesichts der zahlreichen religiösen Gemeinschaften, Sekten und spirituellen Bewegungen nicht für jede eine Sonderregelung möglich ist. Das geht nicht.

Also doch ein Verbot für neue religiöse Spezialfriedhöfe.

Nein, das Friedhofswesen ist eine kantonale und kommunale Angelegenheit. Das soll so bleiben. Allerdings wird in den meisten kantonalen Gesetzen und Reglementen im Prinzip kein Unterschied zwischen den Religionen gemacht. Es kann aber durchaus sein, dass eine Gemeinde nach einem konstruktiven Dialog mit einer wichtigen religiösen Gemeinschaft eine Ausnahme macht und eine Sonderregelung erlässt. Wenn



In die Kritik geraten. CVP-Präsident Christophe Darbellay erklärt seine Aussagen zu jüdischen Friedhöfen. Foto Keystone

beide Seiten sich finden und sich auf neue Regeln einigen, habe ich nichts dagegen. Es darf aber keinen Anspruch auf solche Sonderregelungen geben.

**Stichwort «Sonderregelung»:** Eine solche verlangen Sie, wenn Sie etwa an öffentlichen Schulen lehrenden Nonnen das Kopftuch zugestehen wollen, Muslimen aber nicht.

Ein Kopftuchverbot braucht es für Personen im öffentlichen Dienst, etwa Lehrerinnen oder Schalterpersonal in der Verwaltung. Es ist ein

## «Ich habe nie ein Verbot von jüdischen Friedhöfen gefordert.»

Prinzip – und auch hier sollen Ausnahmen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten möglich sein. Das gehört zu unserer Geschichte und Tradition. Darum finde ich es auch daneben, wenn in einem tiefkatholischen Kanton das Kreuzifix im Schulzimmer abgehängt werden soll. Da braucht es eine gewisse Sensibilität für unsere christliche Kultur.

Dann rennt Ihre Fraktionspartnerin EVP mit ihrer geplanten Volksinitiative für einen neuen Religionsartikel, der die christliche Prägung der Schweizer Gesellschaft und die Vorrangstellung des Christentums in der Verfassung festzuschreiben will, ja offene Türen bei Ihnen ein.

Grundsätzlich finde ich es richtig, dass man eine Diskussion darüber führt, welchen Platz das Christentum in unserem Staat und in unserer Gesellschaft haben soll.

Dann braucht es also einen neuen Religionsartikel?

Ich kenne den konkreten Initiativtext noch nicht, aber diese Diskussion kann man führen. Christliche Werte haben unser Land geprägt, aber auch die Toleranz. Die Trennung von Kirche und Staat, das Prinzip der Religionsfreiheit und damit der Religionsfrieden in unserem Land dürfen nicht gefährdet werden.

Die CVP scheint nicht mehr zu wissen, was das «C» im Namen bedeutet. Im April 2010 plant Ihre Partei einen Parteitag, in welchem sie dies erörtern will. Eine Partei auf Sinn- und Identitätssuche!

Nein! Identität muss gelebt werden, und darf nicht in Büchern verschwinden, darum braucht es regelmässig eine Diskussion zu diesem Thema.

Nur so bleibt das «C» auch im 21. Jahrhundert lebendig.

Welche Bedeutung hat das «C» für Sie persönlich?

Für mich steht es für Toleranz, für Solidarität, für Respekt, für den Schutz der Schwächeren.

**Zum Stichwort «Toleranz»:** Nach dem Ja zur Minarett-Initiative gibt es bereits Forderungen, dass das Minarett-Verbot mit einem «Toleranzartikel» in der Bundesverfassung wieder gekippt werden könnte. Der Artikel würde die religiösen Gemeinschaften auf Rücksichtnahme im öffentlichen Raum verpflichten. Wäre das für Sie ein gangbarer Weg?

Das Schweizer Volk hat entschieden. Ich bin mit dem Entscheid zwar nicht einverstanden, respektiere ihn aber. Ich hoffe allerdings, dass der Verbotartikel eines Tages verschwindet. Das darf aber nicht mit Tricks geschehen, sondern indem man gemeinsam eine neue Lösung sucht.

Und wo sehen Sie diese?

Durch Integration, Chancen geben, Grenzen setzen und durchsetzen. Für mich war das Ja zur Minarett-Initiative ein Signal gegen den islamischen Fundamentalismus und gegen ungelöste Integrationsprobleme. Wir müssen nun neue Spielregeln definieren, sie umsetzen und Sicherheit schaffen.

## Befremden über Darbellay

CVP-Politiker und jüdische Verbände üben Kritik

RENATO BECK

**Die Baselbieter Nationalrätin Kathrin Amacker sieht in den Forderungen ihres Parteichefs Widersprüche. Sie unterstützt weder ein Burka-Verbot noch ein Verbot neuer jüdischer Friedhöfe.**

Das Unbehagen ist Kathy Riklin anzuhören. Die profilierte Zürcher CVP-Nationalrätin nennt Christophe Darbellays Äusserungen, wonach keine neuen jüdischen und muslimischen Friedhöfe errichtet werden sollen, «unglücklich». Stärker in die Kritik nehmen will sie ihren Parteichef aber nicht.

Deutlicher wird die Baselbieter CVP-Nationalrätin Kathrin Amacker, «Ich habe Mühe damit, dass die Leute, die wir aus wirtschaftlichen Gründen ins Land geholt haben, nicht frei wählen dürfen, wie sie beerdigt werden wollen», sagt Amacker. Vorbehalte hat sie auch gegenüber dem angestrebten Burka-Verbot. Es sei widersprüchlich, den Initianten der Minarett-Initiative vorzuwerfen, sie würden ein Problem herbeiführen, um dann bei der Burka dasselbe zu tun. «Ich lebe seit 47 Jahren in der Schweiz und habe noch nie eine Frau in einer Burka gesehen», sagt Amacker, die auch im CVP-Parteivorstand ist. Sie habe aber Verständnis dafür, dass «Darbellay knapp und klar Forderungen stellt». Denn der CVP sei immer vorgeworfen worden, Wischiwaschi-Politik zu betreiben. «Nun kommt ein Darbellay mit seiner jugendlichen Frische

und spricht gerade heraus – und wieder werden wir kritisiert», bemäkelt Amacker.

Zweifel, ob Darbellay damit noch auf dem Kurs der CVP politisiert, hat die junge Präsidentin der Baselbieter Kantonalpartei, Sabrina Mohn. «Ich fühle mich vor den Kopf gestossen», sagt sie zu Darbellays angedachtem Friedhofsverbot. Sie glaubt nicht, dass die Parteibasis hinter diesen Vorschlägen stehe. Unterstützen würde Mohn hingegen ein Gesetz gegen das Tragen der Burka.

**UNVERSTÄNDNIS.** Scharfe Kritik an Darbellays Rundumschlag üben jüdische Verbände. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die Plattform der Liberalen Juden Schweiz teilen in einem Communiqué ihr «grosses Unverständnis und Befremden» mit. «Wir bedauern sehr, feststellen zu müssen, dass sich der Präsident einer Partei, die sich für Toleranz und Nächstenliebe einsetzt, zu solchen Äusserungen verleiten lässt», heisst es weiter.

Wie widersprüchlich die CVP derzeit auftritt, zeigt der Kommentar Jakob Büchlers (CVP, SG). Er stehe hinter der Forderung nach einem Verbot neuer jüdischer Friedhöfe, teilt der Nationalrat mit. «Ich will mich nicht davon distanzieren», sagt Büchler. Grund dazu hätte er: Büchler gehört der parlamentarischen Gruppe Schweiz–Israel an.

## Uni Wien sagt Vortrag von «Professor» Gstrein ab

Minarett-Gegner Heinz Gstrein gerät ins Abseits

RENATO BECK

**Für die Blitzreaktion der Uni-Leitung sorgte ein Auftritt des angeblichen Professors in der TV-Sendung «Club». Dort verglich Gstrein das Minarett mit dem Hakenkreuz.**

Dicke Post gestern auf Heinz Gstreins E-Mail-Konto: Sein heutiger Vortrag wird abgesagt, teilte ihm die Universität Wien mit. Dies, nachdem sich herausstellte, dass Gstrein unberechtigt als «Professor der Uni Wien» für ein Minarett-Verbot Stimmung machte. Eine Professur, die ihm die Uni Wien nie verliehen hat.

Heute nun sollte Gstrein vor Studenten des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa sprechen. Thema: Das Osmanische Erbe im Balkan. In der Vergangenheit hielt der Orientalist und ehemalige NZZ-Schreiber am Institut verschiedentlich Referate. In Zukunft dürfte er das nicht mehr tun. Wie die Uni Wien auf Anfrage mitteilt, berät in den kommenden Tagen der Vorstandsausschuss den Fall

Gstrein. Auch rechtliche Konsequenzen wegen des Titelmissbrauchs werden nicht ausgeschlossen. Das Institut ist eine Prestige-Abteilung der Uni Wien, Vorstandsvorsitzender ist der ehemalige österreichische Vizekanzler Erhard Busek. Und wie durchsickert, will sich Busek den Ruf des Instituts nicht durch einen Vortragenden Gstrein belasten lassen.

Mitbekommen hat man in Wien auch Gstreins Auftritt im «Club» des Schweizer Fernsehens. Nicht zum ersten Mal durfte Gstrein dort am Dienstag den Islamfachmann geben. Dabei entlegte der Österreicher derart, dass Diskussionsleiter Röbi Koller die Debatte stoppte und Gstreins Aussagen zurückwies. «Das Minarett ist in erster Linie ein Zeichen für die Unmenschlichkeit in der muslimischen Welt – genauso wie Hakenkreuze für die KZ und Hammer und Sichel für den Gulag», sagte Gstrein in seiner wohl letzten Darbietung für das Schweizer Fernsehen.